



Flutkatastrophe Kabelwerk Eupen

Seite 3

Inhalt

Seiten 3-6

Kabelwerk Eupen
„Unterstützung und Kollegialität sind beispielhaft“

Seite 7

Meldungen

Seiten 8-9

Druckerei Kliemo
„Maschinenschaden beläuft sich auf 15 Millionen Euro“

Seiten 10-13

Das Dossier: Algorithmen, Demokratie und Gewerkschaft

Seiten 14-15

Globaler Rechtsindex des IGB 2021:
COVID-Pandemie rückt
Arbeitnehmerrechte ins Rampenlicht

Seite 16

Belgien für Untätigkeit beim
Klimaschutz verurteilt

Impressum

Verantwortlicher Herausgeber:

Jean-Marc Namotte,
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers

Redaktion:

Vera Hilt Liliane Louges
Angela Mertes Jochen Mettlen
Birgit Schlüter

Layout: Jessica Halmes / Maryline Weynand

Druck:

Kliemo A.G.
Hütte 53, 4700 Eupen

Anschrift der Redaktion:

CSC Info,
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers
087/85 99 59
pressedienst@acv-csc.be

Erscheinungsrhythmus:

Vierzehntätig

Öffnungszeiten & Kontakt

Seit einigen Monaten bietet der Arbeitslosendienst der CSC wieder Sprechstunden an. Diese schrittweise Einführung der Sprechstunden gilt zunächst für die Dienstleistungszentren in Eupen und St. Vith (siehe unten). Der Arbeitslosendienst und alle anderen CSC-Dienste sind weiterhin telefonisch und per Mail für Sie da. In dringenden Fällen sind auch Terminabsprachen möglich. Ihre Dokumente können Sie weiterhin in den Außenbriefkästen unserer Dienstleistungszentren hinterlegen.

ARBEITSLOSENDIENST 087/85 99 98

CSC Eupen

**Sprechstunden: dienstags und donnerstags,
jeweils von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr**
csc.chomage.eupen@acv-csc.be



CSC St.Vith

Sprechstunden: montags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
csc.chomage.stvith@acv-csc.be

CSC Kelmis

csc.chomage.kelmis@acv-csc.be

JURISTISCHER DIENST

CSC Eupen

087/85 98 95 ● sj.verviers@acv-csc.be

CSC St.Vith

087/85 99 33 ● sj.verviers@acv-csc.be

SOZIALSPRECHSTUNDEN

CSC Eupen

087/85 99 22 ● csc.ostbelgien@acv-csc.be

CSC St.Vith

087/85 99 32 ● csc.stvith@acv-csc.be

GRENZGÄNGERDIENST LUXEMBURG

CSC St.Vith

087/85 99 33 ● sj.verviers@acv-csc.be

GRENZGÄNGERDIENST DEUTSCHLAND

CSC Eupen

grenzgaenger.deutschland@acv-csc.be

www.diecsc.be



www.diecsc.be



www.facebook.com/cscostbelgien

Kabelwerk Eupen: „Unterstützung und Kollegialität sind beispielhaft“

Auch anderthalb Monate nach der Flutkatastrophe sitzt der Schock beim Kabelwerk-Personal noch sehr tief. Innerhalb von wenigen Stunden wurde das Traditionsunternehmen in die tiefste Krise seiner über 100-jährigen Geschichte gestürzt. Wenige Tage nach der Katastrophe gab die Direktion bekannt, den Wiederaufbau des Kabelwerkes in Angriff zu nehmen. Das Personal hat sofort die Ärmel hochgekrempt und mit den Aufräumarbeiten begonnen. Mit zirka 850 Beschäftigten ist das Kabelwerk der größte private Arbeitgeber in Ostbelgien.

Der Zufahrtsweg zum Kabelwerk lässt auch Wochen nach der Flutkatastrophe erahnen, mit welcher brachialer Gewalt die Wassermassen durch die Eupener Unterstadt geschossen sein müssen. Die Straße zum Kabelwerk wurde stellenweise weggespült, die Häuser entlang der Straße wurden sehr stark beschädigt. Auf dem Mitarbeiter-Parkplatz türmen sich jetzt riesige Haufen von Schutt, Schlamm und Schrott (siehe Titelbild). Es ist das Zwischenlager nach den umfassenden Aufräumarbeiten der letzten Wochen.

Beim Gang durch das Haupttor fällt auf, dass das Pförtnerhäuschen nicht besetzt ist. Dort musste man sich als Besucher immer anmelden. Das erfolgt nun vor dem Parkplatz. Am Eingang wirkt alles recht sauber und aufgeräumt, ein Mitarbeiter wäscht die Straße. Mein Blick schweift nach rechts, wo das Erdgeschoss ausgeräumt ist und noch heftige Spuren der Verwüstung zu sehen sind. Hier muss die Flut mehrere Meter hoch gewesen sein.

Fragen über Fragen

Ich gehe zum Büro der CSC-Delegation, wo ich unseren Hauptdelegierten Laurent Conzen treffe. „Unser Büro war auch völlig überschwemmt, wir haben nichts mehr retten können.“ Die CSC-Delegation ist nun in die erste Etage gezogen, um dort die Mitglieder zu empfangen, zu beraten und zu informieren. „Es ist unsere Aufgabe, dem Personal unterstützend bei Fragen und Ungewissheiten zur Seite zu

stehen, sowie ständig ein offenes Ohr für ihre Belange und Sorgen zu haben“, erklärt der 45-Jährige.

Von morgens früh bis abends spät ist der Gewerkschafter erreichbar. Sein Handy klingelt ständig. „Es ist extrem viel Arbeit“, meint er, aber Klagen höre ich nicht von ihm. Im Gegenteil. „Die CSC-Delegation versucht so gut und genau wie möglich die vielen Fragen der Kollegen zu beantworten.“ Die Mitarbeiter wollen wissen, wie es weitergeht und haben Fragen bezüglich Wiederaufbau und Kurzarbeitergeld. „Natürlich macht sich die Belegschaft Sorgen. Es überwiegt aber die große Dankbarkeit, dass die Direkti-

on sich für einen Wiederaufbau des Kabelwerkes ausgesprochen hat. Das gibt den Mitarbeitern Hoffnung, das ist sehr positiv.“ Um alle Mitarbeiter erreichen zu können, hat die CSC-Delegation eine WhatsApp-Gruppe eingerichtet. „Über WhatsApp versuchen wir die Belegschaft regelmäßig zu informieren. Somit erreichen wir auch die Kollegen, die in Kurzarbeit sind“.

„Es war ein Schock“

Laurent Conzen geht mit mir über das riesige Gelände des Kabelwerkes. „Was du hier siehst, ist nichts im Vergleich zu dem, was wir hier direkt nach der Flutkatastrophe vorgefunden haben.“ Der Gewerkschafter war in Urlaub, als er erste Videos von den Überschwemmungen sah. Er brach seinen Urlaub ab und machte sich sofort auf zum Kabelwerk: „Es war ein Schock, wenn man eine derartige Katastrophe mit eigenen Augen sieht. Mein erster Gedanke? Das Kabelwerk wird nicht mehr aufgebaut. Es ist vorbei, unser Werk ist total zerstört. Es war sehr schwer, dieses Ausmaß der Katastrophe zu sehen. Viele Kollegen haben geweint.“





Stellenweise stand das Wasser vier Meter hoch. Mauern - wie an der Halle der Werksfeuerwehr - wurden weggerissen, tonnenschwere Maschinen verschoben, viele Maschinen und die so wichtigen Elektroschränke wurden teilweise oder komplett überflutet. Und überall Schlamm und Schutt. Die Weserbrücke auf dem Firmengelände, die recht hoch über den Flusslauf führt, wurde nochmals um einige Meter überspült. Jetzt plätschert dort ein kleines Rinnsal. Kaum zu glauben, aber bittere Realität.

„Mitarbeiter haben direkt angefangen zu arbeiten“

Viele Mitarbeiter des Kabelwerkes sind sofort, teilweise schon während dem Urlaub zum Werk gekommen. „Sie haben direkt angefangen zu arbeiten“, blickt Laurent Conzen zurück. „Es ist unglaublich viel in zwei, drei Wochen weg- und aufgeräumt worden. Jetzt sind wir in einer Phase, wo man die Fortschritte nicht so gut sieht. Wir verschaffen uns eine Übersicht über die Schäden und was getan



werden muss. Derzeit haben wir noch nicht überall Strom. Probleme bereiten uns auch die langen Lieferfristen für das Material.“

Schnell hat man im Kabelwerk an Strategien für den Wiederaufbau gearbeitet. „Wir haben uns zuerst als Ziel gesetzt, die weniger vom Hochwasser betroffenen Produktionslinien wieder hochzufahren. Danach haben wir eine Prioritätenliste erstellt“, so Conzen. „Seit Mitte August laufen im Rohrwerk wieder neun von zehn Maschinen. Ab Anfang September sind im Rohrwerk fünf Schichten geplant. Dort können auch Mitarbeiter aus der Kabel-Produktion eingesetzt werden“, freut sich der gelernte Elektriker, der seit 25 Jahren im Kabelwerk arbeitet. „Im Schaumwerk arbeitet zurzeit die halbe Belegschaft, allerdings nicht in der Produktion, sondern immer noch an den Aufräumarbeiten. Auch dort wird alles daran gesetzt, die Produktion so schnell wie möglich wieder aufzunehmen.“

Wiederaufbau des Hauptwerkes

Als Pilotprojekt gilt die HF-Halle (Hochfrequenz). „Wir haben uns zuerst auf die HF-Halle konzentriert, die relativ autonom laufen kann und wo die Flutschäden geringer ausgefallen sind. Der HF-Maschinenpark ist modern angelegt, d.h. die Maschinen stehen auf dem Hallenboden und die meisten Elektroschränke befinden sich auf der Etage und sind trocken geblieben. Wir haben an den Maschinen sämtliche Lager ausgetauscht, die Motoren ausgebaut und repariert sowie die Elektroschränke mit Wasserschäden wieder instand gesetzt. Das Ganze ist natürlich sehr arbeits- und zeitaufwendig. Schadensanalyse, Ersatzteile beschaffen, Kosten ... Das sind Fragen, die uns ständig beschäftigen.“

Er zeigt mir eine Maschine, an der 200 (!) Lager ausgetauscht wurden. „Im gesamten Kabelwerk haben wir über 150 Maschinen, von kleinen bis ganz großen. Allein diese Arbeiten

werden noch Monate in Anspruch nehmen. Deshalb muss man sehr strukturiert und organisiert zu Werke gehen. Wo Bedarf und Möglichkeiten bestehen, helfen handwerklich qualifizierte Mitarbeiter den Handwerkern aus. Wir hoffen auch, dass wir aus den jetzt gemachten Erfahrungen den Organisationsprozess verbessern können.“

Lichtblicke

Die Produktion in der HF-Halle soll im Oktober wieder aufgenommen werden. „Die Hoffnung besteht, dass vielleicht Mitte September die erste Linie läuft. Die Direktion ist sehr vorsichtig mit ihren Prognosen, das finde ich auch gut.“ Der Wiederaufbau und der daran gekoppelte Zeitplan ist an viele Faktoren gebunden. „Das hängt nicht nur von uns ab, sondern auch von den Lieferanten und möglichen Überraschungen. Wir warten auf Bestellungen und Handwerker, da wir nicht alles in Eigenregie durchführen können. Wir können ja auch nicht alle Maschinen auf einmal reparieren. Das

Der CSC-Hauptdelegierte Laurent Conzen steht auf der Weserbrücke inmitten des Kabelwerkgeländes. Obwohl die Brücke recht hoch über den Flusslauf führt, wurde sie nochmals um einige Meter von den Wassermassen überspült.



dauert. Mit einer derartigen Situation wurden wir noch nie konfrontiert.“

Im Bereich Mittelspannung hat das Kabelwerk einen Großauftrag und möchte den Kunden bei der Stange halten. „Deshalb setzen wir im Moment die notwendigen Maschinen instand, die sich nicht in einer Halle, sondern in verschiedenen Abteilungen befinden. Wir gehen also nicht pro Abteilung, sondern pro ‚Kabel-Typ‘ vor“, umschreibt Conzen die Strategie. Einen Teil des Lagerbestandes haben die Fluten mitgerissen beziehungsweise ist aufgrund der massiven Verschmutzungen unbrauchbar. „Wir haben aber glücklicherweise noch viel Ware auf Lager, die noch verkauft werden kann. Manches muss umgewickelt und gesäubert werden. Auch diese Prozesse laufen auf Hochtouren.“

Kurzarbeit

Die eigentlichen Aufräumarbeiten gehen aber allmählich zu Ende. „Für die Aufräumarbeiten war bisher etwa ein Drittel der Mitarbeiter im Hauptwerk vor Ort. Danach werden wir verstärkt Kurzarbeit einführen müssen, weil wir für den Wiederaufbau der Abteilungen Zeit benötigen.“ Damit das Personal abwechselnd zum Einsatz kommt, wurde die Kurzarbeit aufgeteilt. „Wir sind noch bis Ende September in Kurzarbeit wegen höherer Gewalt. Wir erhalten 70 Prozent unseres Lohnes, aber der Steuervorabzug liegt nur bei 15 Prozent. Bei der nächsten Steuererklärung werden also Nachzahlungen fällig. Darauf weisen wir die Kollegen hin, damit sie im kommenden Jahr nicht aus allen Wolken fallen. In meinen Augen müsste die Politik dafür sorgen, dass Kurzarbeit weniger besteuert wird. Die Menschen haben alles verloren, es geht um ihre Existenz.“

Längere Perioden der Kurzarbeit bereiten dem CSC-Delegierten Sorgen. „Die Zeit spielt nicht für uns. Je länger es dauert, desto schwieriger wird es auch für die Kollegen mit dem Kurzarbeitergeld auszukommen.“ Conzen hegt die Befürchtung, dass ein Teil der Belegschaft das Unternehmen verlassen könnte. „Wir setzen alle Hebel in Bewegung, damit die Kollegen im Kabelwerk bleiben. In der Gewerkschaftsdelegation haben wir auch die Möglichkeit besprochen, inwiefern unsere Mitarbeiter zeitweise an andere Unternehmen ausgeliehen werden können. Und wenn es hier wieder los-



geht, können sie wieder zurückkommen. Diese Möglichkeit müssen wir prüfen, damit auch alles legal zugeht. Ich bitte die Mitarbeiter auch um etwas Geduld. Bisher haben wir noch nicht viel gestempelt. Wir versuchen jedenfalls alles, um gute Lösungen für die Belegschaft zu finden“, appelliert Laurent Conzen.

Doppelt von Flutkatastrophe betroffen

Eine Reihe von Kabelwerk-Mitarbeitern ist sogar doppelt von der Flutkatastrophe betroffen, sowohl beruflich als auch privat. „Viele Mitarbeiter wohnen in direkter Nähe zum Kabelwerk. Auch ihre Privathäuser wurden von der Flutwelle schwer getroffen. Wir haben auch Ehepartner, die beide für das Kabelwerk arbeiten, die auch zu Hause massive Wasserschäden zu beklagen haben. Ich frage mich, wie sie das verarbeiten. Wir versuchen die Leute bestmöglich zu unterstützen, so wird unter anderem eine psychologische Betreuung für die Betroffenen angeboten.“

Im Zuge des Wiederaufbaus des Eupener Kabelwerkes spielen die Kosten eine zentrale Rolle. Wieviel zahlen die Versicherungen und inwiefern kann ein Unternehmen wie das Kabelwerk mit öffentlichen Hilfsmitteln rechnen. „Geld ist ein großes Problem. In den ersten fünf, sechs Wochen haben wir aufgeräumt. Jetzt sind wir dabei, die Kosten für den Wiederaufbau zu beziffern. Genaue Zahlen sieht man aber erst, wenn aufgebaut wird. Deshalb ist eine Kostenaufstellung für den

Wiederaufbau unglaublich schwierig. Ich hoffe aber auch, dass die Politiker ihre Versprechen halten. Ich denke dabei an die Gespräche mit DG-Ministerpräsident Oliver Paasch und mit dem wallonischen Wirtschaftsminister Willy Borsus. Auch Ursula von der Leyen, Präsidentin der EU-Kommission, war vor Ort, um sich das Ausmaß der Schäden anzuschauen.“

Solidarität und Kollegialität

Überwältigt ist Laurent Conzen von der enormen Solidaritätswelle. „Die Unterstützung und die Kollegialität sind beispielhaft. Ich kann unsere Mitarbeiter nicht genug loben. Sie identifizieren sich sehr mit dem Betrieb. Das Kabelwerk ist mehr als 100 Jahre alt, selten wird Mitarbeitern gekündigt und viele arbeiten 40, 45 Jahre hier. Das gilt aber auch für die Direktion. Unser Chef, Herr Bourseaux, ist 93 Jahre alt und ich möchte ihm danken, dass er und Herr Thönnies alles versuchen, das Kabelwerk und somit die Jobs der Mitarbeiter zu retten.“

Eine derartige Katastrophe kann man nur mit Menschen bewältigen. „Sowohl den Mitarbeitern als auch der Direktion liegt das Kabelwerk sehr am Herzen. Wenn wir an einem Strang ziehen, dann werden viele Dinge gelingen. Wir müssen optimistisch bleiben. Glücklicherweise haben wir keine Todesopfer zu beklagen. Mit viel Wille und Mut können wir diese einmalige Krise überwinden“, so Laurent Conzen.

Jochen Mettlen

Museumspass: CSC-Mitglieder erhalten Rabatt

Nehmen Sie gerne von Zeit zu Zeit ein „Kulturbad“? und verbinden ein Wochenende oder einen Ausflug mit einem Museumsbesuch oder einer Ausstellung? Dann ist der Museumspass genau das Richtige für Sie. Er öffnet die Türen zu mehr als 200 Museen und 300 Ausstellungen in allen Provinzen unseres Landes. Damit haben Sie ein Jahr lang unbegrenzten Zugang zu den teilnehmenden Museen und ihren großartigen Sammlungen.

Dank der strengen Maßnahmen des Kultursektors können Sie einen Museumsbesuch in aller Sicherheit planen. Worauf warten Sie also noch? Kaufen Sie den Pass jetzt und entdecken Sie ein Jahr lang überraschende Ausflüge in Belgien. Oder schenken Sie den Pass jemandem und gehen Sie gemeinsam auf Kulturreise.

Als Mitglied der CSC und dank Pasar erhalten Sie jetzt eine Ermäßigung von 10 %. Bestellen Sie Ihren ermäßigten Pass (**53,10 €** anstatt **59 €**), indem Sie das Formular auf der Pasar-Website ausfüllen: www.pasar.be/csc

In eigener Sache CSC-Gebäude in Verviers überflutet

Auch unser CSC-Gebäude in Verviers wurde Mitte Juli von der Flutkatastrophe heimgesucht. Die Kellerräume wurden komplett überflutet und im Erdgeschoss stand das Wasser etwa 40 Zentimeter hoch. Dank vieler Helfer konnten die Aufräumarbeiten zügig in Angriff genommen werden. Derzeit konzentrieren sich die Arbeiten auf die Sanierung des Erdgeschosses, damit die Mitglieder wieder wie gewohnt empfangen werden können. Übergangsweise wurde ein provisorischer Empfang eingerichtet.

Zur Zeit bestehen noch Probleme mit der Elektrik, wodurch noch nicht alle CSC-Mitarbeiter wieder vor Ort arbeiten können. Die Kollegen vom Arbeitslosendienst, die derzeit in anderen Dienstleistungszentren arbeiten, sollen aber in Kürze wieder Ihre Arbeit im Vervierser CSC-Gebäude aufnehmen. Die anderen Dienste werden schnellstmöglich folgen. Wir bitten unsere Mitglieder daher noch um etwas Geduld und Verständnis für diese absolute Ausnahmesituation.



Auf den Spuren der Eupener Arbeiterbewegung

Wer glaubt, Eupen gut zu kennen ohne an einer Stadtführung mit Herbert Ruland teilgenommen zu haben, der irrt. Dies gilt insbesondere für eine Wanderung aus dem historischen Blickwinkel der Arbeiterbewegung. Vom Amtssitz des Eupener Ministerpräsidenten quer durch das Eupener Stadtzentrum, hinauf zur Moorenhöhe, zurück zum Zentrum und schließlich zum Friedhof: überall hat die Arbeiterbewegung im Laufe der Jahrhunderte in Eupen ihre Spuren hinterlassen. Vom Aufstieg der Eupener Tuchindustrie, den damit einhergehenden Arbeitskämpfen und der Schaffung der ersten christlichen Gewerkschaft: zu all dem konnte Historiker Herbert Ruland die Hintergründe erläutern, Anekdoten erzählen und den historischen Kontext vermitteln. Eine kurzweilige, informative und höchst spannende Stadtführung, die die teilnehmenden CSC-Delegierten Mitte Juni sichtlich genossen haben.



Druckerei Kliemo

„Maschinenschaden beläuft sich auf 15 Millionen Euro“

Auch die Druckerei Kliemo in der Eupener Unterstadt wurde von der Flutkatastrophe sehr stark getroffen. Der Maschinenpark wurde fast zwei Meter hoch überflutet und Teile der Halle von den Wassermassen weggerissen. Seit vielen Jahren ist Kliemo ein geschätzter Partner der CSC für den Druck unserer Gewerkschaftszeitung CSC Info und unserer Broschüren.

Wenn man mit Christoph Emonts, Geschäftsführer der Druckerei Kliemo, durch die Betriebshallen geht, läuft es einem auch anderthalb Monate nach der Flutkatastrophe eiskalt den Rücken runter. Die Büros und Versammlungsräume im Erdgeschoss standen komplett unter Wasser. Von dort und vom Lager aus schoss das Wasser der Hill quer durch die Hallen und riss eine ganze Hallenwand weg. Der Maschinenpark stand etwa zwei Meter unter Wasser, alles war voller Schlamm, Geröll und Schutt. Einige schwere Maschinenteile wurden sogar von den Fluten mitgerissen und wurden nicht mehr gefunden. Die Aufräumarbeiten sind quasi beendet, jetzt wird der Neuaufbau in Angriff genommen. Darüber sprachen wir mit dem 43-jährigen Christoph Emonts.

Christoph Emonts, die Flutkatastrophe hat Ihre Druckerei sehr stark getroffen. Wie ist der aktuelle Stand der Dinge?

Im Moment sondieren wir noch die Lage mit Banken, Versicherungen, Standort und dergleichen. Um unsere Kunden weiterhin bedienen zu können, arbeiten wir mit anderen Druckereien zusammen. Wir geben Druckaufträge raus und koordinieren das Ganze. Das gilt zum Beispiel auch für CSC Info. Im Moment wechseln wir eigentlich vom Drucker zum Produzent.

Haben Sie sich einen Überblick über die Schäden verschaffen können?

Das ist ein Totalschaden. Allein der Maschinenschaden beläuft sich auf 15 Millionen Euro. Mit den Maschinen können wir nicht mehr arbeiten, diese werden jetzt abgebaut. Teilweise wird noch versucht, einige Maschinen

zu überholen, aber der Großteil wird wahrscheinlich verschrottet.

Sie haben ziemlich schnell einen Neustart anvisiert. Wie soll dieser aussehen?

Ja, wir arbeiten an einem Neustart und werden dabei sehr vom gesamten Team unterstützt, aber auch von unseren Familien und Freunden. Zentrale Frage ist, wie wir uns jetzt von diesem harten Schlag und aus dieser Krise neu und optimierter aufstellen können. Man muss das wirklich als Chance sehen. Dinge, die man früher nicht ändern konnte, können wir jetzt in Angriff nehmen. Und wir hoffen, einen optimalen Neustart machen zu können. Zu 99 Prozent bleiben wir hier vor Ort. Wir hoffen im Oktober teilweise wieder selbst drucken zu können.

Wie haben die Mitarbeiter reagiert?

Das ging von Tränen über schwere Bestürzung bis hin zur totalen Fassungslosigkeit. Wir haben viele Mitarbeiter, die schon 25, 30 Jahre bei uns arbeiten, viele haben bei uns ihre Lehre gemacht. Unser Personal, aber auch pensionierte Mitarbeiter und frühere Praktikanten haben beim Aufräumen geholfen.

Totalschaden. Kliemo-Geschäftsführer Christoph Emonts steht vor einer Druckmaschine, die zwei Meter unter Wasser stand.



Der Rückhalt war groß, oder?

Absolut. Der Rückhalt, den man überall hatte, war grandios. Das hat uns das Herz erwärmt in einer derart schweren Phase. Nachbarn, Freunde und uns fremde Leute haben geholfen. Pfadfinder waren hier, Leute aus der Eifel, aus Aachen,... Daraus sind Freundschaften entstanden, weil man noch mit den Leuten in Kontakt ist. Andere Druckereien haben uns ihre Hilfe angeboten. Darunter direkte Konkurrenten, die gesagt haben, Konkurrenz gibt es jetzt nicht, wir arbeiten zusammen. Das gibt einem wirklich Kraft.

Bei den etwa 50 Mitarbeitern dürfte Erleichterung herrschen, dass es weitergeht?

Absolut. In den ersten Tagen einer derartigen Krise trägt und stützt man sein Personal. Danach trägt das Personal einen auch mit. Wir sind echt stolz auf unser Team. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle von Herzen bedanken.

Derzeit prasselt ungemein viel auf Sie ein. Wie sehen Ihre Arbeitstage aus?

Man steht nonstop unter Strom. Man läuft auf Hochtouren. Wenn man ein Problem geregelt hat, kommen die nächsten zehn, die man regeln muss. Man läuft in einem Modus, wo man einfach nur funktioniert. Man hat nicht viel Zeit, sich lange emotional Gedanken darüber zu machen. Das muss einfach laufen. Man versucht in dem Moment die bestmögliche Entscheidung zu treffen.

Danke für das Gespräch. Wir wünschen Ihnen und Ihren Mitarbeitern alles erdenklich Gute beim Wiederaufbau.

Jochen Mettlen



2021 in Kurzarbeit aufgrund der Coronakrise? Weniger Urlaubsgeld und weniger Urlaubstage 2022

In diesem Jahr waren Tausende von Arbeitnehmern aufgrund der Coronakrise vorübergehend arbeitslos wegen höherer Gewalt (Corona-Kurzarbeit). Dadurch haben sie einen erheblichen Einkommensverlust erlitten. Jetzt droht eine zweite Rechnung zu folgen.

Nach heutigem Stand werden diese Arbeitnehmer im Jahr 2022 weniger Urlaubsgeld erhalten und Anspruch auf weniger Urlaubstage haben. Zurzeit lehnen die Arbeitgeber es nämlich ab, sich mit den Gewerkschaften auf die Gleichstellung der Tage der Kurzarbeit in 2021 für die Berechnung des Urlaubsgelds und der Urlaubstage zu einigen.

Die CSC fordert, dass schnell eine Lösung gefunden wird, damit die Corona-Arbeitslosigkeit 2021 gleichgestellt werden kann, wie es für 2020 der Fall war. Dann würden die Arbeitnehmer, die vorübergehend arbeitslos waren, keine Urlaubstage verlieren und würde ihr Urlaubsgeld nicht gekürzt.

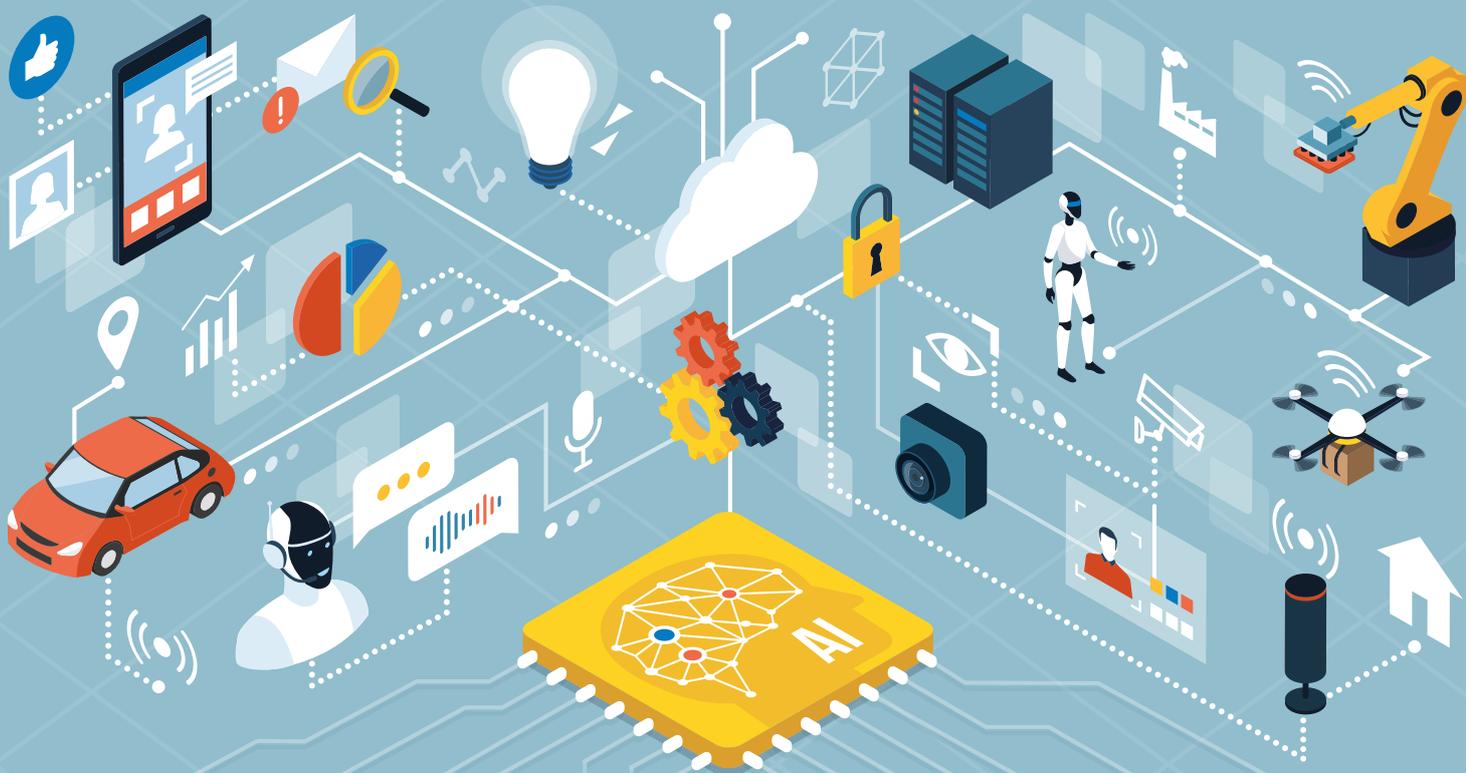
Die Arbeitnehmer haben sich nicht für die Kurzarbeit entschieden. Sie dürfen kein zweites Mal bestraft werden!



ESB-Insolvenz: Arbeitnehmer erhalten eine Entschädigung

Im Juni 2014 kündigte GMH, der deutsche Eigentümer des Elektrostahlwerkes ESB in Seraing, seine Schließungsabsicht an. Die Renault-Prozedur wurde eingeleitet und ein Sozialplan verhandelt. Doch kurz vor den Abfindungszahlungen tauchte unverhofft ein Käufer auf: eine Finanzholdinggesellschaft mit Namen REM, später umbenannt in Green Elephant. Am 27. April 2016 dann der endgültige Konkurs, so dass rund hundert Arbeitnehmer keinen Sozialplan mehr erhalten konnten.

Fünf Jahre nach dem Konkurs kommen die Arbeitnehmer von ESB nun zu ihrem Recht. Das Gericht erkannte an, dass der Eigentümer durch den Verkauf an einen Käufer, dessen Unzuverlässigkeit ihm bekannt war, wesentlich seine Verpflichtungen gegenüber seinem Personal umgangen hat. Die Anhörung zur Festlegung des Schadensersatzes, den GMH an die 83 Arbeitnehmer zahlen muss, die vor Gericht gegangen sind, findet am 15. September statt. Dieses Urteil ist einzigartig und könnte künftig als Grundsatzurteil gelten.



© Shutterstock

Algorithmen, Demokratie und Gewerkschaft

Die künstliche Intelligenz (KI) ist bereits in unserem Alltag präsent und wird unser Leben in den kommenden Jahren immer mehr beeinflussen. Aber weder die Codes, aus denen ihre Algorithmen bestehen, noch die wirtschaftliche Nutzung der Daten, die sie nähren, sind neutral. Sie halten Ungleichheiten aufrecht und stellen neue Herausforderungen im Bereich der sozialen Gerechtigkeit und des Arbeitnehmerschutzes dar ⁽¹⁾.

Bedingungen einer Versicherung, Gewährung eines Immobiliendarlehens, Annahme oder Ablehnung einer Bewerbung für einen Arbeitsplatz... Die Algorithmen werden zunehmend in Entscheidungen eingebunden, die unser Leben beeinflussen. Aber was ist ein Algorithmus? Was ist dieser Code, der in unserem Alltag eine immer wichtigere Rolle spielt und auf den der Bürger oder Arbeitnehmer keinen Einfluss hat? Das von Isabelle Collet, Dozentin und Forscherin an der Genfer Universität, vorgeschlagene Bild erlaubt es, in einem Satz seine Natur und seine Rolle zu erfassen: „*Ein Kochrezept ist ein Algorithmus, weil es aus einer Reihe von Anweisungen besteht.*“ Wenn es also ausgehend von diesem Bild Algorithmen sind, die das Rezept für das Gericht auf der

Speisekarte strukturieren, sind wir es, die Benutzer von Computern, Tablets, Smartphones und sozialen Netzwerken, die der künstlichen Intelligenz ihre Grundlagen liefern: die Daten. Unsere Daten. Denn wenn eine KI durch Software und Maschinen dazu dienen kann, menschliche Intelligenz in bestimmten Aufgaben zu ersetzen, muss sie mit Daten gefüttert und trainiert werden.

Vom Proletariat zum Cybertariat

„*Wir sind die Trainer intelligenter Maschinen*“, erklärt Mario Bucci vom Zentrum für Information und Ausbildung (CIEP), der damit den Mythos einer intelligenten KI aus den Angeln hebt. „*Es sind tatsächlich Hunderttausende von menschl-*



chen Nutzern, die Rechenprozesse durchführen, die im Prinzip automatisch sein sollten: Bildbeschriftung, Sortieren von Multimedia-Inhalten, Texttranskription usw. Ihre Arbeit wird im Rahmen von automatischen Lerninitiativen genutzt, um Formerkennungsalgorithmen zu trainieren und - im wahrsten Sinne des Wortes - künstliche Intelligenz zu erlernen“⁽²⁾. Dieses Training liefern wir zum Beispiel jedes Mal, wenn wir der Maschine anhand der ReCAPTCHA-Software beweisen müssen, dass wir kein Roboter sind. Wenn wir gebeten werden, auf die Felder zu zeigen, in denen sich eine Ampel befindet, oder schlecht leserliche Buchstaben und Zahlen über die Tastatur einzugeben, arbeiten wir daran, die Algorithmen zu verfeinern, um im Laufe des Trainings den Prozentsatz der Fehler bei der Erkennung eines Objekts, einer Frage zu verringern.

„Diese Logik führt zu neuen Möglichkeiten, uns arbeiten zu lassen, und im weiteren Sinne zu einer neuen Art, uns zu führen“, fügt Mario Bucci hinzu. So entsteht der Mikroarbeitsmarkt, die „mikro-bezahlten Klicks“⁽²⁾, die in den südlichen Ländern der Welt außerhalb der klassischen Vorschriften und Schutzbestimmungen durchgeführt werden.

Für Pierre Ledecq vom Schulungsdienst der CSC ist die „an eine Aufgabe oder einen Klick gebundene Arbeit in Wirklichkeit eine Rückkehr ins 19. Jahrhundert, als die Arbeitnehmer keinen Arbeitsvertrag hatten, keinen Sozialschutz, kein geltendes Arbeitsrecht. Man spricht diesbezüglich von Cybertariat 4.0.“ Die Plattformen sind der sichtbarste Teil dieses Eisbergs, der für die soziale Entwicklung in diesem Jahrhundert besonders gefährlich ist.

Sehr teure Daten

Die Unternehmen, die künstliche Intelligenz nutzende Anwendungen oder Produkte entwickeln, darunter die berühmten GAFAM⁽³⁾, sind natürlich die Hauptnutznießer des Erhalts dieser Daten und all jener, die wir zur Verfügung stellen, wenn wir Apps oder soziale Netzwerke nutzen. Alle diese Daten sind ein lukrativer Rohstoff, den es zu nutzen gilt. Sie ermöglichen es ihnen, ihre Dienstleistungen zu optimieren, indem sie beispielsweise Kundenprofile aus mehreren Variablen erstellen oder ihre Produkte durch Rückmeldungen von intelligenten Maschinen verbessern. Und natürlich ist der Verkauf von Informationen und Dienstleistungen an Dritte auch ein äußerst lukratives Geschäft. Eine Monetarisierung der Daten, die ernste demokratische Fragen aufwirft.

(1) Die in dem Dossier erwähnten Beiträge stammen aus dem Studientag „Geplante Ungleichheiten: Kapitalismus, Algorithmen und Demokratie“, der vom CIEP organisiert wurde.

(2) „Die Plattform als Arbeitseinsatz der Nutzer: digitales Labor und neue globale Ungleichheiten“, Antonio Casilli in „Vers la République des Biens communs“, Paris, Les liens qui libèrent, pp 41-56, 2018.

(3) Akronym für die fünf Web-Giganten: Google, Apple, Facebook, Amazon und Microsoft.

Es geht nicht um anpassen oder sterben

Über die Herausforderungen und die Antworten der Gewerkschaften auf die technologischen Entwicklungen, an denen die KI beteiligt ist, sprachen wir mit Pierre Ledecq.

Inwiefern beeinflussen die technologischen Entwicklungen in den Unternehmen die Gewerkschaftsarbeit?

„In den Unternehmen werden viele Delegierte und Militanten mit neuen Technologien konfrontiert: RFID-Chips, Geolokalisierungssoftware, immer häufigere Arbeit mit Hardware, Software oder Robotern. Sie kennen die Probleme in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit und Stress am Arbeitsplatz, die mit deren Nutzung verbunden sind. Daher haben sie bereits Regelungen auf Unternehmensebene eingeführt. Die CSC bekräftigt, dass die Arbeitnehmer entscheidend für den technologischen Wandel sind und dass sie die Kontrolle über diesen Wandel in ihren Unternehmen zurückgewinnen müssen.“

„Das KAA 39 (bezüglich der Information und Konzertierung über die sozialen Folgen der Einführung neuer Technologien) sollte in Funktion der technologischen Entwicklungen in der Arbeitswelt und im Hinblick auf einen gerechten Wandel überprüft werden. Generell muss eine sachliche Debatte mit den Militanten darüber geführt werden, was wünschenswert ist und was nicht. Die CSC organisierte zu diesem Zweck einen Kongress über die Zukunft der Arbeit und legte die Schwerpunkte fest, die die Positionen der Gewerkschaft in Bezug auf den technologischen Wandel definieren.“

Was muss geschehen?

„Wir müssen die Mythen abbauen, die diese Art von Technologie als unausweichlich darstellen, und den Militanten sowie der breiten Öffentlichkeit die weniger sichtbaren Phänomene zeigen, wie z.B. das Crowdfunding (Auslagerung traditionell interner Teilaufgaben an eine Gruppe freiwilliger User, z.B. über das Internet – auch Schwarmauslagerung genannt). Die Vorstellung von ‚anpassen oder sterben‘ muss zerschlagen und ein neues Modell in Betracht gezogen werden, bei dem die Arbeitnehmer auch von der Umverteilung der Produktivitätsgewinne, die diese Technologien ermöglichen, profitieren.“



DIE GEWERKSCHAFTLICHEN HERAUSFORDERUNGEN DER KÜNSTLICHEN INTELLIGENZ

Die Entwicklung der künstlichen Intelligenz bringt viele gewerkschaftliche Herausforderungen mit sich. Hier sind einige, die von verschiedenen Teilnehmern anlässlich des Arbeitstages des CIEP hervorgehoben wurden.

Fortbestand und Bekämpfung von Diskriminierung

Isabelle Collet: „Die KI gibt Aufschluss über soziale Stereotypen.“ Über ihre Lern- und Programmierungswerkzeuge spiegelt die KI oft Diskriminierungen und Ungleichheiten in der Gesellschaft wider. Diese Computerprogramme werden nämlich mit Daten gefüttert, die von Menschen ausgewählt werden, deren Wahl mehr oder weniger bewusst von Alter, Geschlecht, Ethnie,... beeinflusst wird. Dies birgt das Risiko, dass die künstliche Intelligenz keine neutrale Entscheidung trifft. Man kann also Vorurteile, die in der Gesellschaft vorhanden sind, aufspüren, zum Beispiel in automatisierten Entscheidungssystemen, die Frauen bei einer Einstellung oder eine Person ausländischer Herkunft

bei einer Kreditnachfrage benachteiligen.

„Eine größere Mischung von Geschlecht, Herkunft oder sozialen Schichten in IT-Berufen würde eine vielfältigere Technologie hervorbringen. Wenn KI sexistische Vorurteile haben kann, kann sie diese auch korrigieren.“ Dieser Kampf ist in Einklang mit den Gewerkschaftskämpfen gegen Diskriminierungen und wirft die Frage der algorithmischen Erklärbarkeit auf, d.h. die Möglichkeit für eine Person zu verstehen, wie ein Algorithmus ein Ergebnis bewirkt und es eventuell anzufechten.

Demokratie: Technologie gegen Politik

Neben der grundlegenden Frage des Datenschutzes in der Welt der *Big Data* ist eine weitere wichtige Herausforderung entstanden: die Monetarisierung unserer Daten. Pierre Ledecq, Mitarbeiter im Schulungsdienst der CSC, erläutert: „Der Skandal um Cambridge Analytica oder das Wahlergebnis des Vlaams Belang nach seiner Social-Media-Kampagne in Belgien sind Beweise für die Effizienz und damit die potenzielle Gefahr der Nutzung von Datenbanken. Der zielgerichtete Einsatz dient dazu, das Verhalten zu kontrollieren oder Entscheidungen zu lenken. Und im weiteren Sinne entpolitisiert er die Bevölkerung,



indem er die Herausforderungen individualisiert und den Eindruck erweckt, dass Technologie neutral ist und effizienter als Politik und kollektive Verwaltung.“

Bruno Poncelet vom Zentrum für Volksbildung André Genot (CEPAG) kritisiert die Lobbyarbeit der großen digitalen Akteure in Bezug auf die politischen Leitlinien der EU. „Die meisten ihrer Forderungen sind im europäischen Digitalprogramm zu finden: Ausbau der Infrastruktur, Möglichkeit des Internetzugangs überall, Umstellung der öffentlichen Dienste auf digital... Die Politik entwickelt eine digitale Welt und baut ihre Infrastrukturen aus, aber sie behandelt die konkreten Auswirkungen erst dann, wenn sie bereits zum Problem geworden sind.“

Bessere Besteuerung der Gewinne aus der Technologie

Verwendung von Schwermetallen, Datenspeicherung oder Stromverbrauch. Digitale Technologien sind energieintensiv und sehr umweltschädlich. Videostreaming produziert allein 1 % der weltweiten Treibhausgasemissionen, was den Emissionen Spaniens entspricht. Vier Netflix-Filme in HD entsprechen dem gesamten Wikipedia. Diese Umweltkosten müssen in die Überlegungen zur besseren Besteuerung der Gewinne aus dieser Technologie einbezogen werden.

Die digitalen Giganten sind wahre Champions in Sachen Steuerflucht und Steueroptimierung. Bisher ist es ihnen gelungen, sich der Steuer zu entziehen, während sie gleichzeitig von der öffentlichen Infrastruktur profitieren und die Regierungen dazu drängen, politische und rechtliche Regelungen und Strukturen zu entwickeln, die mit ihren Interessen vereinbar sind. Bis zu einer umfassenden Reform der europäischen Steuerpolitik sind die Erfahrungen mit der GAFAM-Steuer auf die Vermarktung von Da-

ten bisher nicht schlüssig. Während sich die Vereinigten Staaten in der Trump-Ära aus den Verhandlungen über die GAFAM-Steuer zurückgezogen hatten, hatte die Biden-Regierung eine Mindestbesteuerung der Unternehmen von 21 % vorgeschlagen, einschließlich GAFAM. Anfang Juli haben sich die Finanzminister der 20 größten Handels- und Industriestaaten (G20) auf einen einheitlichen Mindeststeuersatz von 15 Prozent geeinigt.

Ethik und Schutz der Arbeitnehmer

„Warum sollte die KI durch ethische Codes statt durch Gesetze geregelt werden?“ Mit dieser Frage erinnert Aida Ponce del Castillo, Anwältin am Europäischen Gewerkschaftsinstitut (ETUI), daran, dass Unternehmen ihre eigenen ethischen Prinzipien in Bezug auf KI entwickeln. Es gibt 84 ethische Rahmen in der Welt. Was auch immer die positiven Elemente sind, die sich dort entwickeln, für die Anwältin steht fest: „Sie funktionieren nicht, weil sie nicht verpflichtend sind.“ Die rechtlichen Anforderungen müssten ihrer Meinung nach real werden.

Die Gewerkschaften müssen sich hauptsächlich auf den Kampf für den Schutz der Privatsphäre am Arbeitsplatz und die Frage der algorithmischen Erklärbarkeit konzentrieren, d.h. verstehen, wie ein Code zu einem bestimmten Ergebnis führt. Die Arbeitnehmer müssen in der Lage sein, automatisierte Entscheidungen anzufechten, wenn sie diese für verzerrt halten. Um dies zu erreichen, ist eine gewisse Transparenz der Algorithmen erforderlich: „Wir müssen Algorithmen-Audits durchführen und gewerkschaftliche Regeln haben, um problematische Algorithmen anzufechten.“ Diese Überlegung ist nicht nur theoretisch, sie wirft schon jetzt echte praktische Fragen auf: zum Beispiel für die Arbeitnehmer von Deliveroo-Plattformen, die wissen möchten, wie der Algorithmus funktioniert, der ihnen Fahrten zuweist (oder nicht).

Künstliche Intelligenz im Alltag

Einige Beispiele von KI, die Sie täglich nutzen: E-Mails (Erkennung, Filtern und Versenden von unerwünschten Mails in Ihre Spam-Mülltonne), soziale Netzwerke (Organisation der Meldungen und Intervention eines menschlichen Mitarbeiters, wenn die KI Suizidanzeichen erkennt), Suchmaschinen (Indexierung der Websites und Anpassung der Suchergebnisse nach Art der Suche), Übersetzungen (Verbesserung der Ergebnisse durch Lerntechniken ihrer KI), Navigations-Apps (Berücksichtigung des Verkehrs in Echtzeit zur Schätzung der Ankunftszeit).

Quelle: www.futura-sciences.com



Globaler Rechtsindex des IGB 2021

COVID-Pandemie rückt Arbeitnehmerrechte ins Rampenlicht

Die achte Ausgabe des Globalen Rechtsindex des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) bewertet 149 Länder anhand ihrer jeweiligen Einhaltung der Arbeitnehmerrechte. Dieser Bericht macht Verletzungen des Streikrechts, des Rechtes auf die Gründung von und den Beitritt zu Gewerkschaften, des Rechtes auf Gewerkschaftsaktivitäten und auf bürgerliche Freiheiten sowie des Rechtes auf Rede- und Versammlungsfreiheit auf einem neuen Achtjahreshöchststand deutlich.

Aus dem Globalen Rechtsindex des IGB 2021 geht hervor, wie Regierungen und Arbeitgeber die Pandemie ausgenutzt haben, um Arbeitnehmer zu entlassen, die wichtige Informationen über die Verbreitung des Virus am Arbeitsplatz offengelegt hatten, wie sie das Recht auf Tarifverhandlungen verletzt, die Überwachung der Beschäftigten intensiviert, das Recht auf Privatsphäre untergraben und die Rede- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt haben.

- In Belarus, Kolumbien, Kambodscha und Myanmar werden Arbeitsplätze unsicherer und Gewerkschaftsaktivitäten stärker eingeschränkt.
- Die Überwachung von Beschäftigten nimmt zu, und wie Amazon seine Logistikzentren überwacht, ist zu einem weltweiten Skandal geworden.
- In Honduras, Indien, Indonesien, der Slowakei und Uruguay werden Rechte durch neue repressive Gesetze demontiert.

IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow merkt an: „Die Covid-Pandemie hat Arbeitsplätze, Gemeinschaften und Leben zerstört. Der Globale Rechtsindex liefert eine beschämende Liste von Regierungen und Unternehmen, die eine gewerkschaftsfeindliche Agenda gegenüber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verfolgt haben, die an vorderster Front stehen und unerlässliche Arbeiten verrichten, um Volkswirtschaften und Gemeinschaften am Leben zu erhalten.“

„Als Corona begann, haben wir gesehen, wer die Helden waren. Beschäftigte überall pflegten die Kranken, versorgten uns mit Essen und hielten die Wirtschaft am Laufen. Aber trotz alledem werden arbeitende Menschen angegriffen wie nie zuvor“, so Burrow. „Regierungen und Arbeitgeber haben die Pandemie ausgenutzt, um die Menschen auszubeuten, von denen die Welt abhängt, indem sie sie verstärkt überwachen, Verträge brechen, Entlassungen vornehmen, Gewerkschaften behindern und einschüchtern und selbst vor Gewalt und Mord nicht zurückschrecken.“

In **Simbabwe** wurden führende Gewerkschaftsvertreter strafrechtlich belangt, nachdem Beschäftigte gestreikt hatten, um die Zahlung ausstehender Pandemiezulagen zu fordern. In **Peru** hat der Kaufhausmulti **Falabella** 22 Lagerarbeiter entlassen, die Corona-Schutzausrüstung verlangt hatten.

Die Demokratie ist 2021 erneut unter Beschuss geraten. Die Zahl der Länder, in denen die Zulassung von Gewerkschaften behindert wurde, hat sich von 89 im Jahr 2020 auf 109 erhöht und die der Länder, in denen das Rede- und Versammlungsrecht verweigert oder eingeschränkt wurde, hat sich von 56 im Jahr 2020 auf 64 in diesem Jahr erhöht.

Belgien, Kanada, El Salvador, Haiti, Ungarn, Jordanien, Malaysia, Myanmar und die **Slowakei** haben 2021 alle ein schlechteres Rating erhalten. **Myanmar** ist in die Kategorie 5+ abgestiegen (Rechte nicht garantiert wegen des Zusammenbruchs der Rechtsstaatlichkeit).

„Hochrangige Gewerkschafter aus **Kambodscha, Hongkong** und **Myanmar** gehörten zu den namhaften Personen, deren Verhaftung großes Aufsehen erregt hat - Verhaftungen, durch die das Recht der Beschäftigten auf eine gewerkschaftliche Vertretung untergraben wird“, erklärt IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow.

„Es hat zwar ein paar positive gesetzliche Entwicklungen gegeben, vom PRO-Gesetz in den **USA** bis hin zu Vorschlägen zur Sorgfaltspflicht in der **Europäischen Union**, um Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen, aber es muss



noch wesentlich mehr getan werden. Es braucht einen neuen Sozialvertrag, mit Arbeitsplätzen, Rechten, Sozialschutz, Gleichstellung und Inklusion, um das von repressiven Regierungen und durch missbräuchliche Praktiken von Unternehmen zerstörte Vertrauen wiederherzustellen.“

Nahost/Nordafrika ist zum achten Mal in Folge die schlimmste Region der Welt für arbeitende Menschen. **Libyen, Palästina, Syrien** und **Jemen** waren nach wie vor von Konflikten geplagt, und Grundfreiheiten und Rechte wurden in diesen Ländern mit Füßen getreten.

Die zehn schlimmsten Länder für erwerbstätige Menschen sind im Jahr 2021 **Bangladesch, Belarus, Brasilien, Kolumbien, Ägypten, Honduras, Myanmar, die Philippinen, die Türkei und Simbabwe**.

Einige Schlüsselergebnisse des Berichtes:

- 87 Prozent der Länder haben das Streikrecht verletzt;
- 79 Prozent der Länder haben das Tarifverhandlungsrecht verletzt;
- 74 Prozent der Länder haben Beschäftigte vom Recht auf die Gründung von und den Beitritt zu Gewerkschaften ausgeschlossen;

- Die Zahl der Länder, in denen die Zulassung von Gewerkschaften behindert wurde, hat sich von 89 im Jahr 2020 auf 109 im Jahr 2021 erhöht;
- Belarus und Myanmar zählen zum ersten Mal zu den zehn schlimmsten Ländern;
- Die Zahl der Länder, in denen die Redefreiheit verweigert oder eingeschränkt wurde, hat sich von 56 im Jahr 2020 auf 64 im Jahr 2021 erhöht;
- In 45 Ländern waren Beschäftigte Gewalt ausgesetzt;
- In 65 Prozent der Länder hatten Beschäftigte keinen oder eingeschränkten Zugang zur Justiz;
- In 68 Ländern wurden Beschäftigte willkürlich verhaftet und inhaftiert;
- In sechs Ländern wurden Gewerkschafter ermordet: Brasilien, Guatemala, Kolumbien, Myanmar, Nigeria und die Philippinen.

Quelle: Globaler Rechtsindex des IGB 2021
www.ituc-csi.org/2021-global-rights-index-de

10 Tage Trauerurlaub im Falle des Todes des Kindes oder Partners

Arbeitnehmer, die ein Kind, einen Ehegatten oder einen Lebenspartner verlieren, haben Anspruch auf 10 Tage Trauerurlaub. Bisher waren nur 3 bezahlte Abwesenheitstage vorgesehen. Die CSC setzte sich seit einiger Zeit dafür ein und unterstützte gegen den Willen der Arbeitgeberverbände VBO und Unizo die ursprünglich von Nahima Lanjri (CD&V) vorgelegten Gesetzesvorschläge im Parlament.

Modalitäten

Wenn Sie ein Kind, einen Ehepartner oder einen Lebenspartner verlieren, haben Sie als Arbeitnehmer nun Anspruch auf eine 10-tägige bezahlte Abwesenheit. Bis jetzt waren das nur 3 Tage.

- Die ersten 3 Tage des Trauerurlaubs werden in der Zeit zwischen dem Tod und der Beerdigung genommen.
- Die verbleibenden 7 Tage kann der Arbeitnehmer innerhalb eines Jahres nach dem Tod frei festlegen. Darüber hinaus kann der Ar-

beitnehmer alle diese Trauertage mit Zustimmung des Arbeitgebers fristlos auf einen späteren Zeitpunkt verschieben.

Auch für Pflegeeltern

Pflegeeltern haben auch Anspruch auf 10 Tage Trauerurlaub, wenn ein Pflegekind, das im Rahmen der Langzeitpflege Teil der Familie ist, stirbt. Im Rahmen der Langzeitpflege erhält das Pflegekind im Falle des Todes eines Pflegeelternanteils drei Tage Trauerurlaub.

Bei der Kurzzeitpflege wird im Falle

des Todes eines Pflegekindes nur ein Tag Trauerurlaub gewährt. Eine kurzzeitige Pflege wird für weniger als 6 Monate angeboten.

Ab Juli 2021 und rückwirkend

Diese neue Regelung ist im Juli dieses Jahres in Kraft getreten. Das genaue Datum des Inkrafttretens hängt von der Veröffentlichung im Belgischen Staatsblatt ab. Von diesem Zeitpunkt an erhalten auch Arbeitnehmer, die im vergangenen Jahr ein Kind, einen Ehepartner oder einen Lebenspartner verloren haben, Anspruch auf die zusätzlichen Trauertage.



Belgien für Untätigkeit beim Klimaschutz verurteilt

Am 17. Juni 2021 hat das Gericht erster Instanz in Brüssel die belgischen Behörden kollektiv für ihre fahrlässige Klimapolitik verurteilt. Den Richtern zufolge ist die belgische Klimapolitik so schlecht, dass sie gegen grundlegende Menschenrechte verstößt. Aber sie geben keine konkreten Ziele vor.

„Diese Erklärung ist ein klares Signal an unsere politischen Entscheidungsträger. Tiefgreifende Maßnahmen für eine kohlenstoffarme Zukunft müssen sofort und vorrangig ergriffen werden. Für eine bessere und gesündere Zukunft“, sagt Serge de Ghelede, Präsident der VoG Affaire Climat.

Das Urteil ist in dreierlei Hinsicht historisch. Nicht nur die Klage der VoG „Affaire Climat“, sondern auch die der 58.000 Mitkläger wurde für zulässig erklärt. Mit diesem Eingehen auf die Bürger schreiben wir weltweit Geschichte:

Zum ersten Mal erkennt die Justiz an, dass wir uns in direkter, persönlicher und realer Gefahr befinden. Aus dem Urteil geht auch hervor, dass der Föderalstaat und die drei Regionen gemeinsam und individuell verantwortlich sind. Das Bürgerliche Gesetzbuch enthält die Verpflichtung, mit sozialer Vorsicht zu handeln und vorhersehbare schwere Klimaschäden zu verhindern.

Das Urteil stellt auch fest, dass unsere Regierungen mit der aktuellen mangelhaften Klimapolitik gegen die Artikel 2 und 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention verstoßen. Diese Artikel befassen sich mit dem grundlegendsten „Recht auf Leben“ und das „Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens“. Nach Ansicht der Richter ist es ein Menschenrecht, vor der gefährlichen Erderwärmung geschützt zu werden und die Staaten müssen dieses Recht schützen. Zum ersten Mal haben Bürger deutlich gemacht, dass die Handlungsfreiheit der Regierung und Minister dort endet, wo die Gefahr besteht, dass unsere Rechte verletzt werden.

Keine konkreten Ziele

„Das ist eine gute Nachricht. Aber wir sind noch nicht am Ziel“, sagt die Vereinigung. Das Gericht ist ihrer Aufforderung nicht nachgekommen, konkrete Ziele für die Reduzierung der Treibhausgase aufzuerlegen. Sie hatte gefordert, dass unser Land die Emissionen bis 2025 um mindestens 42 % und bis 2030 um mindestens 55 % senkt. Die belgischen Richter wollten jedoch nicht so weit gehen wie vor kurzem ihre Kollegen in den Niederlanden und Deutschland bei ähnlichen Prozessen.

Ermutigt durch die jüngsten Entscheidungen u.a. von den höchsten Gerichten in Deutschland und den Niederlanden, die ehrgeizigere Klimavorgaben auferlegt haben, geht die VoG gegen das Urteil in Berufung. Gleichzeitig erwägt sie, den Fall vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg zu bringen. Der Arbeitsrückstand beim Brüsseler Appellationsgericht ist so groß, dass „Affaire Climat“ nicht vor neun Jahren verhandelt würde. Aber wir haben weniger als zehn Jahre, um einen gefährlichen Klimawandel zu verhindern. Angesichts der Dringlichkeit gibt es somit im belgischen Rechtssystem keine effektiven Rechtsmittel, sodass eine Anrufung der Gerichte in Straßburg notwendig ist. Dies leitet eine neue Phase des vor sechs Jahren begonnenen Prozesses ein.

Vor dem Hintergrund der jüngsten Flutkatastrophe in Belgien kommt dem Urteilsspruch des Gerichtes erster Instanz in Brüssel eine noch tiefgreifendere Bedeutung zu.

Die Justiz erkennt an, dass wir in direkter Gefahr sind.

